

## **Wahlprüfsteine des Netzwerks Leben im Alter in der EKHN- Landtagswahl 2018**

### **1. Wohnen**

*Mit welchen Maßnahmen will ihre Partei der Wohnungsnot auch alter und einkommensschwacher Menschen künftig begegnen?*

#### **Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNE wollen, dass sich alle Menschen in Hessen mit gutem und bezahlbarem Wohnraum versorgen können. Deshalb hat die aktuelle Landesregierung mit zahlreichen Maßnahmen begonnen, für mehr bezahlbaren und angemessenen Wohnraum zu sorgen. Bis zum Jahr 2020 stehen insgesamt 1,7 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereit. Wir wollen diese Fördersumme auf 2 Milliarden Euro anheben und dabei den Zuschussanteil in Kombination mit spezifischen Bindungen vergrößern. Mit diesen Fördermitteln können rund 20.000 Wohnungen für insgesamt 60.000 Menschen gebaut werden. Auch die Nassauische Heimstätte, als einer der wichtigen Bestandshalter in der Wohnungswirtschaft, übernimmt Verantwortung für unsere Gesellschaft, etwa durch geringe Durchschnittsmieten sowie energetische und soziale Quartiersentwicklung. Wir haben zudem das Eigenkapital der Nassauischen Heimstätte um 50 Millionen Euro erhöht, sodass weitere bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können.

Es wird also mehr gebaut, es wird schneller gebaut und die Mittel aus der Sozialwohnraumförderung werden sehr gut in Anspruch genommen. Dennoch muss hier weiterhin viel getan werden – deshalb werden wir uns für die Fortsetzung dieser Fördermaßnahmen einsetzen.

Eine weitere Möglichkeit, um freie Wohnflächen zu aktivieren, ist ein Management für Wohnungstausch, von dem gerade ältere Menschen und Familien profitieren können: Wegen der weiterhin steigenden Preise bei Neuvermietungen bleiben oft besonders ältere Menschen in ihren Wohnungen oder Häusern wohnen, auch wenn diese für sie als Einzelperson inzwischen zu groß und oft auch zu teuer geworden sind. Die Nassauische Heimstätte bietet hier bereits entsprechende Programme an, die den Anreiz für einen Umzug erhöhen. Wir wollen diese Angebote entsprechend aufgreifen und ausweiten.

*Wie wollen Sie und ihre Partei neue Wohn- und Solidaritätsformen zwischen und innerhalb der verschiedenen Generationen künftig befördern?*

*Wie könnte nach Ihrer Meinung die Selbst- und Mitverantwortung politisch unterstützt werden?*

#### **Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Antwort auf die Fragen 2+3:

Aufgrund unserer immer vielfältigeren Gesellschaft mit unterschiedlichen Ansprüchen an das Wohnen gibt es immer mehr Aktivitäten im genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Bereich: durch Senioren-WGs, Projekte mit gemeinsamem Wohnen von Jung und Alt und vieles mehr. Hier übernehmen Menschen nicht nur eine Wohnung, sondern auch Verantwortung für die Gemeinschaft

und das gute Zusammenleben im Quartier oder im Dorf. Wir wollen, dass diese neuen Ansprüche auch politisch anerkannt und unterstützt werden.

Daher wollen wir, dass Bedürftige über die soziale Wohnraumförderung Zuschüsse zum Erwerb von Genossenschaftsanteilen erhalten können. Wir finden auch, dass bei der Ausschreibung von Landesliegenschaften nicht nur ein Anteil für Sozialwohnungen bereitgestellt werden soll, sondern auch für genossenschaftliches, gemeinschaftliches und experimentelles Wohnen. Wir wollen außerdem die Wohnraumförderrichtlinien im Hinblick auf die Förderung von genossenschaftlichem und gemeinschaftlichem Wohnen überarbeiten, sodass dabei auch gemeinschaftlich genutzte Räume förderfähig sind. Um all diese neuen Ideen besser zu bündeln, wollen wir eine Landesberatungsstelle für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnformen einrichten. Zusätzlich schafft das Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ gute Impulse für mehr Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und bündelt vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der städtebaulichen und sozialen Situation. Wir wollen es schaffen, die Stadterneuerungen, die Ortskerne und auch Wohnquartiere gemeinsam mit den Menschen so zu gestalten, dass soziale, ökologische, kulturelle und ökonomische Handlungsfelder eng miteinander verknüpft werden und die Lebensqualität aller Bewohnerinnen und Bewohner verbessert wird.

*Wie bewerten Sie das gegenwärtige Versorgungsangebot der 24-h-Pflege?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir wollen auf Bundesebene bessere Voraussetzungen für legale Beschäftigung in der 24-Stunden-Pflege schaffen, u. a. durch eine leichtere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und ein Einwanderungsgesetz. Der zu beobachtende Anstieg illegaler Beschäftigung in der häuslichen Pflege und Betreuung ist aus unserer Sicht, wie in jeder anderen Branche, inakzeptabel. Die Herausforderung bei der häuslichen Pflege und Betreuung besteht darin, legale Lösungen zu finden, die es Menschen ermöglichen, in Würde zu altern, die den Pflegekräften soziale Sicherheit bietet und gleichzeitig für die Familien und die Pflegeversicherung finanzierbar ist. Aus pflegepolitischer Sicht sehen wir auch das Signal, dass nach wie vor bezahlbare und flexible Dienstleistungen im ambulanten Bereich fehlen. Dazu gehören auch Rund-um-die-Uhr-Angebote. Wir wollen deswegen alternative Wohnformen weiter fördern und die Beratung pflegebedürftiger Menschen verbessern. Außerdem müssen pflegende Angehörige besser unterstützt werden.

*Was beabsichtigt ihre Partei dazu beizutragen, dass die Wahlfreiheit im Hinblick auf ambulante Wohnformen gestärkt wird?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir wollen, dass Menschen auch im Alter oder wenn sie Pflege bedürfen, möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Dafür sind die Kommunen sehr wichtig - hier spielt sich der Alltag ab und hier werden Versorgungslücken oft als erstes sichtbar. Daher wollen wir die Kommunen stärken. Sie sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, um lebendige Nachbarschaften zu schaffen, die für Bewohner jeden Alters attraktiv sind und Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit auffangen. Dazu wollen wir beispielsweise gut erreichbare BewohnerInnentreffs und Mobilitätszentralen fördern. Ebenso mitgedacht müssen dabei barrierefreie Quartiere für behinderte, pflegebedürftige und ältere Menschen. Kommunen sind die richtige Ebene, um Hilfe und Pflegeangebote vor Ort zu vernetzen und aufeinander abzustimmen. Dazu gehören für uns vielfältige

und flexible Angebote an Pflege und Betreuung wie Tages-, Nacht- oder Kurzzeitpflege und mehr alternative Wohn- und Lebensformen wie Pflege-WGs oder Mehrgenerationenhäuser.

## **2. Alternde Bevölkerung ländlicher Regionen**

*Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um für die alternde Bevölkerung ländlicher Regionen annähernd gleichwertige Lebensbedingungen im Hinblick auf eine altersgerechte Infrastruktur (Mobilität, Gesundheits- und Nahversorgung) zu gewährleisten, wie dies für städtisch geprägte Regionen Standard ist?*

### **Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Das Recht auf Selbstbestimmung hat für uns keine Altersgrenze. Zur Selbstbestimmung gehört auch, sich entsprechend den eigenen Bedürfnissen fortbewegen zu können. Dies ist gerade im ländlichen Raum ein großes Thema. Hier haben wir GRÜNE in der Landesregierung bereits viel erreicht und wollen noch mehr reale Verbesserungen für die in Hessen lebenden Menschen auf den Dörfern und in den Gemeinden schaffen. Wir haben aktuell die Fördermittel für die Dorfentwicklung deutlich aufgestockt - allein im Jahr 2017 um 1,3 Millionen Euro. Insgesamt stehen hier im Zeitraum 2015-2019 rund 135 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wollen wir den ländlichen Raum mit einer Vielzahl von Maßnahmen stärken, um gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu gewährleisten. Voraussetzung dafür ist eine ausreichende Daseinsvorsorge, öffentliche Nahverkehrsangebote, bedarfsgerechte Breitbandversorgung, eine Grundversorgung mit Geschäften sowie Ärzten und Krankenhäusern in erreichbarer Nähe:

#### **1. Mobilität und Nahversorgung:**

Die auch dank des Einsatzes der Landesregierung erhöhten Fördermittel für den ÖPNV werden wir darin investieren, das Bahnfahren für alle Fahrgäste noch attraktiver zu machen, das Angebot insgesamt auszuweiten und die Qualität stetig zu verbessern. Wir werden ein für alle bezahlbares Seniorenticket einführen, das hessenweit ab 9 Uhr uneingeschränkte Mobilität im ÖPNV bieten wird. Im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) setzen wir im ländlichen Raum vorwiegend auf flexible Bedienformen und die Chancen der Digitalisierung, statt weiter starre und teure, aber ineffiziente Strukturen zu finanzieren. Zusätzlich wollen wir - wo es sinnvoll ist- stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren, zum Beispiel in Mittelhessen die Lumdatalbahn und die Horloffalbahn.

Die Lebensqualität auf dem Land steigert sich auch durch eine entsprechend gut ausgebaute Verkehrsanbindung in die Mittelzentren oder in die nächste größere Stadt – sowohl für ältere Menschen, als auch für Schüler, Auszubildende und Berufspendler. Es gibt viele individuelle Varianten für bessere Mobilität auf dem Land, etwa Bürgerbusse oder Einkaufsbusse in die nächsten Einkaufszentren. Diese gilt es, besser mit den kommunalen Busangeboten zu vernetzen

#### **2. Gesundheit:**

Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum wollen wir mit Gesundheitszentren stabilisieren. Kommunen sollen dabei unterstützt werden, eigene Praxen einzurichten, in denen sie ÄrztInnen beschäftigen. Damit wird der Beruf im ländlichen Raum für angehende und junge MedizinerInnen attraktiver, denn sie müssen nicht die oftmals sehr große Verantwortung einer eigenen Praxis tragen. Immer mehr Menschen aus den ländlichen Regionen sind aufgrund ihres Alters mobilitätseingeschränkt und können nicht mehr selbst zum Arzt fahren. Hier kann ein Patientenmobil Wegstrecken übernehmen und die Menschen zum Arzt und wieder nach Hause bringen. Für die

ärztliche Versorgung wichtig sind zudem Ärztezentren, bestehend aus einer Hausarztpraxis, einer Apotheke im Haus sowie Sprechstunden von Fachärzten.

### **3. Landentwicklung:**

Auch im ländlichen Raum muss der vorhandene Wohnraum den Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Die Nachfrage nach altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum steigt. Gleichzeitig sollen die Ortskerne auch für junge Familien mit Kindern attraktiv bleiben. Deshalb wollen wir mit den Kommunen ein Gemeindeentwicklungskonzept erarbeiten, die Ortskerne beleben und barrierefreies Bauen im ländlichen Raum stärken.

*Wie wollen Sie und Ihre Partei technische Unterstützungslösungen fördern?*

#### **Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Unter technischen Systemen verstehen wir mehr als nur Hausnotrufsysteme, sondern intelligente Weiterentwicklungen digitaler Unterstützungssysteme, z. B. als dörflichen Informationsmarktplatz (z.B. in Form einer Dorf-App), zur Telebetreuung oder Telepflege. Dies kann auch - professionell erforderliche - persönliche Kontakte sinnvoll ergänzen und den Verbleib in der gewohnten Umgebung länger ermöglichen. Bei der Einrichtung solcher neuer, technischer Anwendungen ist es natürlich wichtig, die wenig technikaffine Zielgruppe altersgerecht heranzuführen und die notwendigen Investitionen auch finanziell abzufedern, z. B. durch Öffnung der Hilfsmittelkataloge im Leistungsrecht der Kranken- und der Pflegeversicherung.

Gerade im Bereich der Telemedizin in Hessen haben wir in der vergangenen Legislaturperiode schon viel erreicht: Mit der E-Health-Initiative wurden mehrere Prozesse in Gang gesetzt, um die medizinische Versorgung für die Zukunft der Digitalisierung fit zu machen – und sie gleichzeitig zu verbessern. Dabei ist es wichtig, dass auch in ländlichen Regionen der Breitbandausbau weiter voranschreitet, damit alle Krankenhäuser die entsprechenden Netze nutzen können. Außerdem wurde ein Kompetenzzentrum für Telemedizin und E-Health gegründet, das die Landesregierung bei zentralen Fragen berät und die Digitalisierung des Gesundheitswesens begleitet. Dazu gehören auch Modelle wie „Telearzt“, um die Behandlungsmöglichkeiten der niedergelassenen HausärztInnen zu verbessern. Wir GRÜNE wollen diesen Weg der Digitalisierung weiter gehen, aber gemeinsam mit den Menschen. Das heißt, dass wir die technischen Lösungen gezielt einsetzen wollen, ohne aber auf den wichtigen und qualitätssichernden direkten Kontakt zu verzichten. Im Rahmen der Unterstützung des ländlichen Raums ist es für uns vorstellbar, die Kommunen bei der Entwicklung neuer Informationstechnologien zu unterstützen. Gerade im ländlichen Raum ist es zudem wichtig, dass wir die WLAN-Verfügbarkeit sicherstellen. Daher fördern wir aktuell mit dem Programm „Digitale Dorflinde – WLAN Förderung Hessen“ Kommunen mit jeweils einer Million Euro jährlich für Investitionen zur Einrichtung öffentlicher Hotspots.

### **3. Prävention und Gesundheitsförderung**

*Wie stehen Sie und Ihre Partei zur Entwicklung eines Landesnetzwerks „Prävention im Alter“?*

#### **Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNE sind aufgeschlossen, die Prävention für alle Altersgruppen stärker ins Blickfeld zu nehmen. Dabei ist es uns wichtig, dass keine Gruppe außen vor bleibt. Studienergebnisse zeigen, dass auch Einkommens- und Vermögensverhältnisse wichtige Determinanten bei der Inanspruchnahme medizinischer Angebote zur Prävention sind. Das Präventionsgesetz auf Bundesebene hat dafür gesorgt, dass sich Krankenkassen und Versicherungen stärker in diesem Bereich engagieren. Die Landesregierung ehrt bereits vorbildliche Angebote im Bereich der Gesunderhaltung. Ein Landesnetzwerk müsste sinnvoll verknüpft werden mit bereits bestehenden Netzwerken zur Gesundheit, wie den regionalen Versorgungskonferenzen und dem Landesgremium nach § 90a Sozialgesetzbuch V. Ziel des Gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V ist es, durch eine stärkere Vernetzung an den Schnittstellen der ambulanten und stationären Versorgung sowie einer verstärkten Patientenorientierung eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung in ganz Hessen zu fördern.

*Wie bewerten Sie und Ihre Partei die gezielte Förderung und Einbeziehung vorhandener Akteure der Altenarbeit, um entsprechende Präventionskonzepte wohnortbezogen und niedrigschwellig zu entwickeln und zu verankern?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Präventionskonzepte sind unserer Ansicht nach in jedem Fall wohnortbezogen und niedrigschwellig zu verankern. Gerade ältere oder mobilitätseingeschränkte Personen dürfen nicht darauf angewiesen sein, in die nächste größere Stadt zu fahren, um Maßnahmen der Gesunderhaltung wahrzunehmen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, mehr medizinische Versorgungszentren in Hessen zu ermöglichen. Hier arbeiten alle Akteure der Gesundheit zusammen und verknüpfen ihre Angebote in einem digitalen oder räumlichen Zentrum. Die Angebote der Prävention gehören hier selbstredend dazu – so wissen auch die Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker Bescheid über die vorhandenen Angebote und können diese weiter empfehlen. Wir wollen als GRÜNE die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren gezielt fördern.

*Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um diese private Pflegebereitschaft angesichts des aktuellen Pflegenotstands in der professionellen Pflege zu erhalten und zu stabilisieren?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wer für einen pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernimmt, hat mehr Unterstützung und Wertschätzung verdient. Mit der grünen „PflegeZeit Plus“ haben wir im Bund vorgeschlagen, einen dreimonatigen Lohnersatz in Höhe des Elterngeldes zu gewähren und jährlich eine 10-tägige bezahlte Freistellung, wenn kurzfristig Unterstützung nötig wird. Dieses Angebot steht nicht nur Familienmitgliedern, sondern auch Nachbarn, Freunden oder Bekannten zur Verfügung, die sich um eine pflegebedürftige Person kümmern. Um pflegende Angehörige in ihrem Alltag zu unterstützen, wollen wir darüber hinaus Beratung und Information, flexible Tages- und Nachtpflege sowie Hol- und Bringdienste weiter ausbauen.

Es muss außerdem möglich sein, die Arbeitszeit für einen befristeten Zeitraum zu reduzieren. Deshalb fordern wir schon seit Jahren ein Rückkehrrecht auf Vollzeit im Bund. Wir wollen verhindern, dass die Pflege dazu führt, die Berufstätigkeit aufgeben zu müssen. Vielmehr geht es uns darum, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern. Wir wollen pflegende Angehörige durch ein Bündel von Maßnahmen wirksam entlasten. Dafür brauchen wir neben der grünen „PflegeZeit Plus“, gut ausgebaute ambulante Versorgungsstrukturen wie Kurzzeit-, Tages-, und Nachtpflege sowie

betreute Wohngruppen. Die Pflege im Quartier ist ein von uns bevorzugtes Konzept. Denn vor Ort kann am besten beurteilt werden, welche Angebote gebraucht werden. In Hessen haben wir bereits für pflegende Angehörige im Gleichstellungsgesetz und im Dienstrecht für die Angestellten und Beamten in der öffentlichen Verwaltung wesentliche Veränderungen umgesetzt.

*Welche Antwort hat Ihre Partei auf den erklärten Bedarf der Haushalte nach zugehender psychosozialer Beratung als Baustein der Prävention und Entlastung?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Bereits jetzt können Angehörige, die pflegen, die Angebote der flächendeckend in Hessen vorhandenen Pflegestützpunkte nutzen. Pflegekurse bilden Angehörige zum Beispiel in Grundfragen der Pflege aus, die Kosten dafür werden übernommen. Darüber hinaus sind die Pflegestützpunkte Ansprechpartner für alle rechtlichen und finanziellen Fragen rund um die Pflege. Hier finden Angehörige Unterstützung, auch wenn sie sich zur eigenen Entlastung ambulante Unterstützung bei der Pflege organisieren wollen. Durch die in ihrer Anzahl und Organisation zunehmenden Selbsthilfeorganisationen entstehen mittlerweile mehr und mehr Angebote, die auch die pflegenden Angehörigen unterstützen. Dies unterstützen wir GRÜNE.

#### **4. Armut im Alter**

*Mit welchen Vorschlägen wird sich Ihre Partei in Hessen und im Bundesrat gegen Armut im Alter, die insbesondere alleinstehende Frauen, Langzeitarbeitslose und niedrigqualifizierte Menschen trifft, einsetzen?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNE wollen weiterhin Armut und Ausgrenzung bekämpfen und für eine gerechte Gesellschaft eintreten. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir bereits viel erreicht, in dem wir ein Programm zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Jobs aufgelegt haben, die Vereinbarkeit von Familie und Karriere verbessert und ein Modell zur Weiterentwicklung der Rente vorgestellt haben. Daran wollen wir anknüpfen: Wir wollen den Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt erreichen, um so Langzeitarbeitslosen eine langfristige Perspektive geben. Wir wollen einen Hessen-Pass ermöglichen, der zur Teilhabe befähigt. Ebenso sehen wir weiterhin in der langfristigen Erwerbstätigkeit den besten Schutz vor Armut. Gerade alleinerziehende Frauen müssen dabei unterstützt werden, die familiären und beruflichen Anforderungen zu vereinen. Wir wollen auch deshalb die Kinderbetreuung ausbauen, um mehr Eltern eine gute Betreuung für ihr Kind zu ermöglichen. Außerdem sind Frauen besonders oft bei der Entlohnung diskriminiert – in Hessen verdienen Frauen ca. 14 Prozent weniger als Männer. Wir werden an den Ergebnissen des hessischen Lohnatlas anknüpfen und gemeinsam die Ursachen der Lohnungleichheit bekämpfen.

#### **5. Benachteiligung**

*Welche Vorstellungen haben Sie und Ihre Partei, um eine bessere –späte– Integration der altgewordenen Migranten in das Altenpflegehilfesystem zu ermöglichen bzw. zu verbessern?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNE wollen, dass alle hier lebenden Menschen gleichberechtigt an den Angeboten zu Gesundheit und Pflege teilhaben können. Zu einem sehr großen Teil gelingt dies auch. Unser Gesundheitssystem hat zwar auch Schwächen, gehört aber dennoch mit zu den besten der Welt. Damit Hessen hier noch besser aufgestellt ist, wollen wir die Übergänge vom ambulanten und stationären Bereich erleichtern, die Angebote in medizinischen Versorgungszentren bündeln und die Pflege vor Ort stärken. Auch Menschen mit Migrationshintergrund profitieren davon. Eine Hürde für die Teilhabe für diese Personengruppe können die Sprachkenntnisse sein. Deshalb wollen wir „Deutsch für alle“ anbieten - ein Sprachkurs unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Herkunft oder Nationalität.

*Wie will Ihre Partei Zugangshürden zu Kultur- und Bildungsangeboten beseitigen, die aufgrund mangelnder Mobilität entstehen, wie z.B. dem ausgedünnten Nahverkehr?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir wollen weiterhin dafür arbeiten, wie unter Frage 2 bereits erläutert, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen. Vor allem unsere Forderung nach einem Seniorenticket, verbunden mit dem Hessen-Pass, der den kostengünstigen Eintritt in z.B. Landesmuseen ermöglichen soll, schaffen wir ein überzeugendes Angebot für SeniorInnen, das Zugangshürden zu Kultur- und – Bildungsangeboten abbaut. Wir GRÜNE setzen uns außerdem dafür ein, dass die kulturellen Einrichtungen in den Hauptstädten, also Landesmuseen und Landestheater, auch Strahlkraft in die Fläche entwickeln und regionale Angebote entwickeln.

## **6. Sektorenübergreifende seniorenpolitische Konzepte**

*Wie nimmt Ihre Partei diese Empfehlungen des 7. Altenberichts in ihre Politik auf?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Menschen auch im Alter selbstbestimmt leben können. Der 7. Altenbericht der Bundesregierung zeigt unserer Ansicht nach auf, dass die Kommunen gestärkt werden müssen, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft dort, wo die Menschen leben, meistern zu können. Wir wollen mit dem Programm „Gemeinwesenarbeit“ in benachteiligten Stadtteilen dafür sorgen, dass AnsprechpartnerInnen vor Ort sind, die bei vielen Fragen zur Rente, Pflege oder sozialen Unterstützungsangeboten weiterhelfen. Bei Landesgesetzen, die sich mit der Rente oder Pflege auseinandersetzen, werden zudem die Folgen für die betroffenen Gruppen im Rahmen von Anhörungen ausführlich von FachexpertInnen und weiteren Mitgliedern der Zivilgesellschaft geprüft, die zu den Gesetzesentwürfen Stellung nehmen. Regelmäßig finden diese Anregungen Eingang in die weiteren Beratungen der Gesetze.

*Wo sehen Sie und Ihre Partei aktuell Ansatzpunkte, um die Überwindung der Trennung von gesundheitlicher, pflegerischer und wohnungs- bzw. wohnumfeldbezogener Politik in Hessen anzugehen?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir wollen, dass Menschen auch im Alter oder wenn sie Pflege bedürfen, möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Dafür ist es notwendig, die relevante Versorgung auch wohnortnah zu erhalten – seien es nun Arztpraxen oder Apotheken, bezahlbarer Wohnraum oder Angebote der Pflege im stationären und ambulanten Bereich. In medizinischen Versorgungszentren wollen wir eine Bündelung der gesundheitlichen Angebote einer Kommune erreichen. So finden Betroffene, die medizinische Unterstützung benötigen, schnell alle AnsprechpartnerInnen vereint. Die Pflegestützpunkte, die bereits jetzt flächendeckend in Hessen existieren, wollen wir mit diesem Angebot verknüpfen. Für uns GRÜNE ist das ein Schritt hin zur Überwindung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung.

*Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem sozialraumbezogenen Altenhilfebudget für die Kommunen?*

**Antwort BÜNDNIS '90/DIE GRÜNEN:**

Wir GRÜNE wollen das Gemeinwesen stärken. Auch und gerade ältere Personen profitieren davon, in einem lebendigen Dorf oder Stadtteil zu leben, mit altersgerechten Angeboten. Dazu wollen wir das Programm „Gemeinwesenarbeit“ zu einem Programm des sozialen Zusammenhalts entwickeln, an dem sich die Kommunen beteiligen können, siehe auch Antwort auf Frage 4 und 14. Ziel der GRÜNEN Politik ist es außerdem, dass Fragen des Alters Eingang bei allen politischen Entscheidungen finden.